



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2018/0945

**Veranlasser / Verursacher:**  
DIE LINKE.

**Datum:** 08.08.2018

**Aktenzeichen:**

## Antrag

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.08.2018 betr. Beendigung von sachgrundlosen Befristungen im Landkreis Kassel**

### Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	03.09.2018		öffentlich
Kreistag	06.09.2018		öffentlich
Kreistag	01.11.2018		öffentlich

### Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Kassel entfristet innerhalb der nächsten zwei Jahre die befristeten Beschäftigungsverhältnisse, die nicht infolge von Schwangerschaftsvertretung oder Vertretung im Krankheitsfall abgeschlossen wurden. Auslaufende befristete Verträge werden in unbefristete Dauerarbeitsverträge umgewandelt.
2. Beschäftigungen, die projektbezogen sind oder eine unbestimmte Arbeitsdauer erfordern, werden grundsätzlich nicht mehr befristet.
3. Neue Befristungen werden nicht mehr vorgenommen. Im Stellenhaushalt des Landkreises werden sie künftig als zusätzliche Stellen geführt.
4. Die vorgenannten Grundsätze gelten auch für AGIL und die Eigenbetriebe des Kreises (Regelungen für Saisonarbeit sind ausgenommen).
5. Für die konkrete Umsetzung legt die Verwaltung einen Plan vor, der mit dem Haushalt 2019 beschlossen wird.

### Begründung:

Aufgrund ständig wachsender Aufgaben der Landkreisverwaltung ist es notwendig neue Kräfte einzustellen. Viele Mitarbeitende werden aufgrund von unzureichenden Mitteln

und/oder unsicherer Finanzierung nur befristet eingestellt. Ca. 10 % der Beschäftigten des Landkreises sind davon betroffen. Vor allem Frauen mit einem Anteil von ca. 80 %, befinden sich in diesen unsicheren Arbeitsverhältnissen (Quelle: Berichts Antrag Fraktion Die Linke zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Landkreis Kassel – Vorlage Nr. 2018/0820).

Sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse gemäß TzBfG sind unsozial, weil die Betroffenen ihr Leben kaum zukunftsorientiert planen können. Befristungen führen zu verringerter Arbeitsqualität. Die Motivation und die Identifikation mit dem Arbeitgeber sind geringer als bei fester Einstellung. In Zeiten vermehrter Arbeitsplatzangebote können besser qualifizierte Menschen für Arbeiten in der Landkreisverwaltung schlechter gewonnen oder gehalten werden. Eingearbeitete Mitarbeiter sind effektiver als ständig wechselndes Personal. Die Diskussion auf Bundesebene zeigt die Notwendigkeit zu einem Umdenken, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung.

Dr. Knoche  
Fraktionsvorsitzender

**Anlage/n:**

2018\_0945 Anlage 1

**Anlagenbeschreibung**

**Anlage 1:** Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.08.2018